

Spitzer Stein im großen Schuh

Wie Jakarta die Weltöffentlichkeit wider Willen auf Osttimor aufmerksam machte

Osttimor ist und bleibt eine Achillesferse der indonesischen Regierung, oder wie Außenminister Ali Alatas es in einem Interview 1992 formulierte, "ein Stein im Schuh, den Indonesien bei jedem Schritt spürt und der es bei jedem Schritt behindert"¹. Diese Äußerung sorgte für einiges Aufsehen, sprach doch zum ersten Mal seit der Invasion 1975 ein Mitglied der indonesischen Regierung davon, daß man im Osttimor-Konflikt eine Wahl hat. Am 6. Mai nun traf sich Ali Alatas mit seinem portugiesischen Gegenspieler Durao Barroso in Genf zu einer weiteren Runde der unter UN-Schirmherrschaft stattfindenden Gespräche über eine Lösung des Osttimor-Konfliktes. Einer Lösung sind die beiden Außenminister dabei nicht wesentlich näher gekommen; die Atmosphäre wurde als freundschaftlich beschrieben. In einem Interview, das Ali Alatas bei diesem Besuch auf europäischem Boden der portugiesischen Tageszeitung "O Publico" gab, wurde er u.a. auf die Bedeutung seines Vergleiches angesprochen: "Was ich damit sagen wollte, war, daß wir durchaus mit Osttimor leben können; manchmal tut es weh, aber das geht nicht so weit, daß wir davon erhöhte Temperatur bekommen oder gar sehr krank werden. Wir können durchaus damit weiterlaufen. Aber es ist in der Tat ärgerlich, und es wäre gut, wenn wir für dieses Problem eine akzeptable Lösung finden könnten. Sollte dies aber nicht passieren, so sollten sie nicht denken, daß es uns sehr schmerzt, denn es gibt so viele reale und bedeutsame Probleme in dieser Welt ..."² Ali Alatas ist ganz offensichtlich bemüht, seinem früheren Vergleich die Dramatik zu nehmen und Spekulationen vorzubeugen. Die Gleichgültigkeit der indonesischen Regierung gegenüber dem Osttimor-Konflikt, die Alatas zu vermitteln sucht und die Betonung, daß die Regierung durchaus mit dem Problem auf unbestimmte Zeit weiterleben kann, sind diplomatische Machtgebärden und deken sich keineswegs mit der Realität.

Das Santa Cruz-Massaker vom 12. November 1991 machte alle Bemühungen, der Weltöffentlichkeit wie auch der indonesischen Gesellschaft die Integration Osttimors als von den Timoresen akzeptiert und abgeschlossen darzustel-

len, mit einem Schlag wieder zunichte. Seitdem diktiert der Osttimor-Konflikt wieder die außenpolitischen Beziehungen und bleibt der Hauptgrund dafür, daß es Indonesien seit Jahren versagt bleibt, außenpolitische Ambitionen zu verwirklichen. Auch wenn Waffenlieferungen nach Indonesien, wie etwa die deutschen NVA-Kriegsschiffe oder der im Mai erfolgte Verkauf von 20 französischen Kanonen vom Typ 105 LG, nicht verhindert werden konnten, so wurden doch sowohl die indonesische Regierung als auch die Lieferländer bei den Verhandlungen jedes Mal wieder mit dem Problem der Menschenrechtsverletzungen in Osttimor konfrontiert. Es wird für Indonesien immer schwieriger, sein Image zu verbessern und den Osttimor-Konflikt aus dem Feuer internationaler Kritik zu nehmen.

Indonesische "Intervention" sorgt für Eklat

Ungewollt sorgte die indonesische Regierung nun im Mai selbst für eine schlechte Publicity: Vom 31. Mai bis 4. Juni fand in Manila die internationale "Asia Pacific Conference on East Timor" (APCET) statt, jedoch nicht, wie geplant, mit Vertretern von Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und Nicht-Regierungsorganisationen aus 15 Ländern. Auf Drängen der indonesischen Regierung untersagte Präsident Fidel Ramos allen ausländischen Teilnehmern der Konferenz die Einreise in die Philippinen, eine Maßnahme, die er wenige Tage zuvor noch als nicht vereinbar mit der demokratischen Verfassung der Philippinen abgelehnt hatte. Als Druckmittel führte die indonesische Regierung die guten nachbarschaftlichen Beziehungen an; sie drohte damit, ihre Vermittlerrolle bei den Friedensverhandlungen zwischen der philippinischen Regierung und den muslimischen Aktivisten aufzugeben, und sie stellte eine Abkühlung der wirtschaftlichen Beziehungen in Aussicht. Ein gänzlich Verbot der Konferenz konnte erst im letzten Augenblick abgewendet werden. Eine philippinisch-indonesische Freundschaftsgesellschaft (Philindo), die erst im April dieses Jahres gegründet worden war, legte vor einem philippini-



Außenminister Ali Alatas

aus: II No. 36 (Sept. 1993), S. 10

schen Gericht dar, daß die Konferenz eine Gefahr für die nationale Sicherheit sei und den nationalen Interessen entgegenlaufe. Der Richter verbot daraufhin dem Präsidenten der Universität von Manila, den Konferenzorganisatoren Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Diese Entscheidung wurde am 31. Mai vom Obersten Gerichtshof aufgehoben.

Die Einreise in die Philippinen wurde u.a. der irischen Friedensnobelpreisträgerin Mairead Maguire und Tom Hyland von der East Timor Solidarity Campaign verwehrt; ebenso mußte Dr. Susan Castillo von der Universität Porto umgehend wieder zurückfliegen. Eine ganze Reihe von Teilnehmern standen auf der schwarzen Liste und galten als unerwünschte Personen in den Philippinen, darunter die Frau des französischen Präsidenten, Danielle Mitterrand sowie Carmel Budiardjo und Liem Soei Liong von der indonesischen Menschenrechtskampagne TAPOL, der Menschenrechtsaktivist H.J. Princen, George Aditjondro, Professor der Universität Kristen Satya Wacana im zentraljavanesischen Salatiga, der australische Bischof Deakin, Mitglieder des japanischen Parlaments sowie alle osttimoresischen Vertreter. Mehr als es die Konferenz je vermocht hätte, weckte das Einreiseverbot die Aufmerksamkeit der Massenmedien: es machte die indonesische Besetzung Osttimors weltweit zu einem Thema in Fernsehen, Hörfunk und Zeitungen und erschütterte nachhaltig die Glaubwürdigkeit der indonesischen Regierung.³ Gerade das, was diese mit ihrer politischen Intervention im Vorfeld verhindern wollte, trat ein. Frau Mitterrand hob es auf ihrer Pressekonferenz hervor: "Meine Abwesenheit von der Konferenz wird, gerade hier in Frankreich, weit mehr beachtet werden als meine Anwesenheit."⁴ Nicht zuletzt hat auch die philippinische Regierung Kredit verspielt: Sie erhielt in

den letzten Wochen eine Vielzahl von Protestbriefen. Präsident Ramos wurde in der philippinischen Presse sogar als Schwächling bezeichnet und mußte sich die Frage gefallen lassen, ob die Philippinen etwa die 28. Provinz von Indonesien seien.

Osttimor wird zu einem Thema der indonesischen Innenpolitik

Nicht nur außenpolitisch wird es für die indonesische Regierung immer schwieriger, ihr brutales Vorgehen in Osttimor zu rechtfertigen, auch innenpolitisch ist Osttimor zu einem Dauerthema geworden. Der Osttimor-Konflikt hat in Indonesien zu einer umfassenden Kontrolle der Medien beigetragen und zu einem hohen Maß an Zensur geführt. Die indonesische Bevölkerung war über die Vorfälle in Osttimor bislang nur unzulänglich und auch falsch informiert.

Benedict Anderson schrieb 1992: "There has been an enormous fear that if the censorship breaks down, if it were possible for the newspapers and magazines and TV to tell the people what really happened in East Timor, the process could not stop there. People would start talking openly about what happened in many other parts of Indonesia."⁵

Nach dem Santa Cruz-Massaker konnte die bisherige Informationspolitik nicht mehr aufrechterhalten werden, und die Furcht, man könne mit einer Lockerung der Zensur eine Lawine losretzen, hat sich bewahrheitet. Mehr und mehr Menschen in Indonesien fordern Entmilitarisierung und Demokratisierung. Eine neue Generation von Intellektuellen, eine zunehmend an Einfluß gewinnende Mittelschicht und bürgerliche Politiker drängen auf eine zivile Gesellschaft. Beobachter der indonesischen Politik machen seit einiger Zeit eine Kluft zwischen Suharto und den Militärs aus.

Als ein Signal für einen demokratischen Frühling in Indonesien wird die Wahl eines Zivilisten zum Vorsitzenden von GOLKAR gewertet und vor allem die Zusammensetzung des 6. Kabinetts von Präsident Suharto, in dem sich das Kräfteverhältnis zugunsten von Zivilisten und Technokraten verschoben hat. Seit November letzten Jahres ist es zu einer Reihe von Demonstrationen gekommen, die sich gegen Präsident Suharto richten. Die Demonstranten, in der überwiegenden Mehrzahl Studenten, werfen ihm eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen vor und fordern ihn auf, sich vor Gericht zu verantworten. Das Santa Cruz-Massaker wird dabei in einem Atemzug mit der Ermordung von Muslimaktivisten in Tanjung Priok (1984) genannt und öffentlich angeprangert.

Osttimor wird von der Demokratiebewegung nicht ausgeklammert und als



Das Massaker von Santa Cruz 1991

aus: A. Barbedo de Magalhães, East Timor. Indonesian Occupation and Genocide, Porto 1992 (Titelfoto)

Sonderfall oder als externes Problem isoliert, sondern sie solidarisiert sich mit den Menschen in Osttimor. Dabei werden Forderungen nach einem Abzug der indonesischen Truppen und nach dem Recht auf Selbstbestimmung laut.⁶ Es macht letztlich keinen Unterschied, ob die indonesische Regierung fundamentale Rechte in Osttimor oder in Java mißachtet.

Noch im April und Mai dieses Jahres sind nach Angaben von amnesty international elf Osttimoresen wegen ihrer positiven Einstellung zur Unabhängigkeit verhaftet worden, und dies sind nur die Fälle, die bekannt geworden sind.⁷ Willkürliche Verhaftungen, Folter und Verhöre von Osttimoresen passieren jeden Tag. Von verstärkten Aktivitäten des indonesischen Geheimdienstes in Osttimor während der Manila-Konferenz berichtete Bischof Belo in einem Radiointerview mit dem portugiesischen Sender RDP-1. Wie viele Osttimoresen verurteilt worden sind, ist auch für ihn schwerlich zu schätzen: "Es ist ein Inferno. Die Repressionen dauern an, vor allem der psychologische Druck."⁸

Eine Lösung des Osttimor-Konflikts ist letztlich abhängig von der Überwindung der autoritären politischen Strukturen in Indonesien. Um daran überhaupt denken zu können, muß u.a. eine kritische Öffentlichkeit geschaffen werden.

Monika Schlicher

Die Verfasserin hat Politik und Geschichte studiert und promoviert zur Zeit am Südasien-Institut der Universität Heidelberg über die Konsolidierung der portugiesischen Kolonialherrschaft in Osttimor.

Anmerkungen:

- 1) Ali Alatas sagte im April 1992 in einem Interview: "We are faced now with a choice on East Timor. There is a choice. Timor for us is like a sharp stone in our shoe. If you have a sharp stone in your shoe, it hurts when you walk; you can't run; if you try to jump, it really hurts. So, the question for us really is: do we want to keep going with a stone in our shoe. We can do that, but it will go on hurting, we won't be able to run, we won't be able to jump, or ..."; zit. nach: Benedict Anderson: *The Importance of Liberating Indonesia from East Timor*; Speech presented during the IV. Symposium on East Timor at the Catholic University Oporto/Portugal on 27 May, 1992, S. 5.
- 2) Ali Alatas: "Dies alles hätte verhindert werden können, wenn Portugal damals seine Rolle als Verwaltungsmacht verantwortungsbewußter wahrgenommen hätte. O Publico, 8.5.1994.
- 3) "Of course it was due to an error of judgement by Indonesia, which by pressing the Philippines and by blackmailing so many people, including Mrs. Danielle Mitterrand ... has only managed to lose credibility in the region completely." José Ramos Horta, BBC, 31.5.1994.
- 4) Danielle Mitterrand hatte am 30. Mai 1994 zu einer Pressekonferenz in der Zentrale von Fondation France Libertes geladen. Maria Barroso Soares, die Frau des portugiesischen Präsidenten, sowie Luis Cardoso von der osttimoresischen Exilregierung waren ebenfalls anwesend.
- 5) Benedict Anderson: *The Importance of Liberating Indonesia from East Timor*, S. 5
- 6) Zu ersten Demonstrationen mit Unterstützung durch indonesische Studenten kam es nach dem Santa Cruz-Massaker am 20.11.1991 in Jakarta und am 23.11.1991 in Bandung. Beide Demonstrationen wurden gewaltsam aufgelöst. Unzählige Studenten wurden dabei verhaftet, verhört und wieder freigelassen, andere wiederum sind zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Vgl. *Inside Indonesia: From Santa Cruz to Jakarta, Protest shifts to the Indonesian heartland*, December 1991, S. 11-14; Tapol: Indonesian students speak out, No.109, February 1992, S. 15.
- 7) Amnesty international; Urgent Action 198/94 Indonesia/Timor, 23. Mai 1994
- 8) Bischof Belo in einem Interview mit RDP-1 vom 04.06.1994